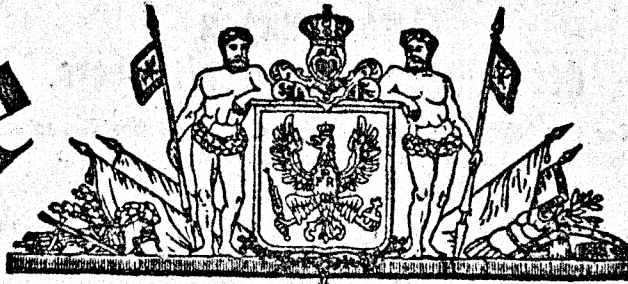


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage 'Zeitbilder'...

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 5,50 M., durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus...

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 292 bis 15 291

Die Besetzung der Abstimmungsgebiete.

Folgende Übersicht über die Besetzung der Abstimmungsgebiete sowie von Danzig und Memel geht dem W. L. B. von zuständiger Stelle zu:

1. Schleswig. Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. 1. in Sönderleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. 1. zu Wasser in Flensburg.

2. Danzig wird von zwei englischen, einem französischen Bataillon besetzt. Erster Zug trifft Station Braust 4. Februar ein.

3. Bezirk Marienwerder. Ein italienisches Bataillon trifft 27. 1. in Deutsch-Eylau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompanien werden in den ersten Februartagen durch je 4 englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein. Am 30. und 31. 1. trifft ein Bataillon Engländer in Eylau ein, von dem später 3 Bataillon nach Sensburg verlegt wird. Am 4. und 5. 2. trifft ein weiteres englisches Bataillon Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

Memel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

Oberschlesien wird vom 26. 1. ab besetzt. Die Franzosen beginnen in der Südoberste. Die genaue Verteilung zwischen den Militärteilen steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen, der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

* Allenstein, 14. Januar.

Im Allensteiner Abstimmungsgebiet haben die Vorbereitungen für die Unterbringung der Besatzungstruppen begonnen. Gestern traf der englische Oberstleutnant Bennett in Allenstein ein und hatte mit den hiesigen Behörden eine Besprechung, bei der durchaus zufriedenstellend verlief. Es werden in zwei bis drei Wochen zwei englische Bataillone für das Abstimmungsgebiet in Stärke von etwa 2000 Mann hier eintreffen, von denen wahrscheinlich je ein halbes Bataillon nach Allenstein, Eylau Osterode, Eylau und Sensburg gelegt werden wird. Zur Unterbringung der Mannschaften werden Kasernen zur Verfügung gestellt. Die Offiziere, die zur Allensteiner Besatzung gehören, etwa 15 an der Zahl, sollen in Privatquartieren wohnen. Auch ein General und ein Infanterie-Kapitän von etwa sieben Offizieren, die nicht zur Besatzung zählen, werden in Allenstein Wohnung nehmen. Was die Verwaltung des Bezirkes anlangt, so hofft man, zu erreichen, daß die Landräte auf ihren Posten bleiben, wenn auch natürlich unter Aufsicht der Kommission. Dieser Punkt ist deshalb wichtig, weil die Landräte infolge ihrer Tätigkeit für die Versorgung und Ernährung der Städte nicht verfehlt werden können. Gerät die Erfassung der Lebensmittel ins Stocken, so droht den Städten in kürzester Zeit Hungersnot.

* Düsseldorf, 14. Januar.

Da nach dem Friedensvertrag die Reichswehr drei Monate nach der Ratifikation aus der neutralen Zone entfernt werden muß, so wird jetzt die Aufstellung der staatlichen Sicherheitspolizei im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit Nachdruck betrieben. Den Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ist vom Ministerium des Innern die Aufforderung zugegangen, Unterkünfte für die Sicherheitspolizei bis April dieses Jahres bereitzustellen. Es handelt sich um die Städte, die in der neutralen 50-Km.-Zone liegen, für die die Entente in ihrer Note vom 24. August 1919 die Zurückziehung der Reichswehr und die Übernahme der gesamten Sicherung durch die Polizei forderte. Die Vorbereitungen für die Errichtung der Sicherheitspolizei werden einheitlich von dem Oberpräsidenten von Westfalen und von den Regierungspräsidenten geleitet, denen später die einzelnen Polizeitruppen unterstehen werden.

Es wird bekanntgegeben, daß der englische Befehlshaber in Köln in dem Anwerben von Beamten für die Sicherheitswehr und in den Vorbereitungen für die spätere Unterbringung in der neutralen Zone keinen Widerspruch zu dem Friedensvertrage sieht.

Wie die französische Militärmission mitteilt, wird das Durchgangslager für nach Elsaß-Lothringen Einreisende von Rastatt nach Rehl verlegt.

* Breslau, 14. Januar.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

Der Quartiermacher der nach Oberschlesien zur Volksabstimmung gesandten Entente-Kommission, der französische Oberstleutnant Thomas, traf heute in Begleitung eines französischen Kapitäns und des preussischen Leutnants v. Woyrsch, eines Neffen des Generalfeldmarschalls v. Woyrsch, in Oppeln ein, um Vorbesprechungen mit der Regierung und der Stadt zur Unterbringung der Entente-Kommission zu führen, da Oppeln zum Sitz der Entente-Kommission ausersehen ist. Die

Stadt soll außer etwa 70 Büroräumen eine große Anzahl Wohnungen für die Offiziere mit ihren Familien stellen, vielfach mit aller Einrichtung, einschließlich Wäsche. Die Unterbringung der Truppen soll in Kasernen, für die Artillerie auf dem Lande erfolgen. Wie verlautet, sollen die neugewählten Gemeindeversammlungen aufgelöst werden. Der Regierungspräsident Bitta soll der Entente-Kommission nur zur Seite stehen.

Der Abschied von Thorn.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Thorn, 14. Januar.

Der Gouverneur der Festung Thorn, Generalmajor Weidmann, dankt in einer Bekanntmachung der Bevölkerung Thorns für die Unterstützung, die er bei ihr erfahren hat. Es heißt darin:

Am 18. Januar geht die alte Weichsel-Festung Thorn in polnischen Besitz über. Deutsche Ordensritter haben sie gegründet, deutschem Bürger- und Bauernfleiß verdankt sie ihren Aufschwung. Voll heiliger Begeisterung zogen vor mehr als sechs Jahren ihre Söhne ins Feld, um die Heimat zu schützen und zu schützen. Trotz gewaltiger Opfer hat das Schicksal gegen uns entschieden. Millionen deutscher Stammesgenossen, darunter auch die deutschen Bürger Thorns, kommen unter fremde Herrschaft. Ihnen rufe ich im Namen der alten Garnison zu: Habt Dank für alle Liebe und Freundschaft, die ihr uns stets bewiesen habt. Ihr Deutschen, verliert den Glauben nicht an Deutschlands Zukunft! Auch an uns soll und muß das Wort wahr werden: Durch Nacht zum Licht. Das walte Gott!

Der englische Gruß.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Flensburg, 14. Januar.

Der Außenhafen von Flensburg hat neue Gäste erhalten. Außer dem englischen Zerstörer 'B. 94', der schon heute früh anlangte, kam heute mittig ein französischer Zerstörer und mit ihm der Generalsekretär der internationalen Kommission sowie der neue Polizeidirektor des Abstimmungsgebietes. Später lief das deutsche Torpedoboot 'B. 116', von Kiel kommend, hier ein. Es soll Marinemannschaften abholen. Bei seinem Erscheinen signalisierte der englische Kreuzer, auf dem sich der Admiral Shephard befindet, den übrigen Schiffen: 'Wir grüßen nicht!' Das deutsche Torpedoboot fuhr infolgedessen ohne Gruß unter den Klängen 'Deutschland, Deutschland über alles' mit wehender Kriegsflagge vorbei. Gegen 2 Uhr erschien der französische Kreuzer 'Marcellin' mit einem halben Bataillon Alpenjäger an Bord. Die Mannschaften sind bisher nicht ausgeschifft worden.

Die Verwaltung des Saargebiets.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Saarbrücken, 14. Januar.

Der Oberste Verwalter des Saargebietes, Divisionsgeneral Wirbel begibt sich dieser Tage nach Paris, um die Frage der Ueberführung des Saarstaates unter das Regime des Völkerbundes zu besprechen und einzuleiten. Für den Saarstaat sollen eigene Briefmarken ausgegeben werden, Vorläufig sollen die deutschen Reichsmarken, wie wir hören, den französischen Ausdruck 'Bassin de la Saar' erhalten.

'Journal Officiel' veröffentlicht die Ernennung von Arthur Fontaine zum Vorsitzenden des provisorischen Rats für die Saarbergwerke sowie des Ingenieurs Despine zum Generaldirektor der Saarbergwerke.

Es veröffentlicht ferner einen Erlaß, wonach innerhalb zwei Monaten Kenntnis gegeben werden muß von Verträgen, die zwischen Franzosen und Deutschen abgeschlossen sind.

Die Lage des besetzten Gebietes.

Wie wir erfahren, wird der Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen noch eine Interpellation zugehen, die von allen Parteien des Hauses unterzeichnet ist und die Verhältnisse und die Zukunft des besetzten Gebietes behandeln soll. Diese Interpellation wird am Freitag oder Samstag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur ein Redner, voraussichtlich der Zentrumsvizepräsident, soll dazu das Wort ergreifen, um die Stimmung desto eindringlicher zu gestalten.

Die Tat der Städter.

Offener Brief an Oberbürgermeister Wermuth.

Von

Regierungsrat v. Heimburg.

Vorsitzendem des preussischen Landesamtes für Futtermittel.

Ev. Eggellenz

werden, wie ich annehmen darf, den Artikel des früheren Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium von Moellendorf in der 'Vossischen Zeitung', Morgenausgabe vom 23. Dezember 1919, 'Wo bleibt die städtische Tat?' und den diesen Ausführungen in derselben Zeitung vorausgegangen Aufsatz des gleichen Verfassers 'Ergreift die Hand der Landwirte!' gelesen haben. In der Öffentlichkeit ist bisher nichts davon bekannt geworden, daß von städtischer Seite diesen Anregungen Folge gegeben ist. Wohl aber erschien am 6. Januar eine Mitteilung in der Presse, daß eine Abordnung der Groß-Berliner Gemeinden unter Ihrer Führung mit dem Reichstanzler und den zuständigen Ministern über die äußerst kritische Lage der gesamten Lebensmittelversorgung verhandelt habe. Hierbei seien 'durchgreifende Maßnahmen' angeregt worden.

Daß man sich auf städtischer Seite über den außerordentlichen Ernst der Lage unserer Ernährungswirtschaft keinerlei Illusionen hingeeben hat, geht aus dieser Meldung wie aus der in der 'Vossischen Zeitung', Morgenausgabe vom 7. Januar, wiedergegebenen Unterredung mit Ev. Eggellenz klar hervor; unter den 'durchgreifenden Maßnahmen', die von Ihnen vorgeschlagen wurden, ist hiernach der Wunsch zu verstehen, 'alle Organe der öffentlichen Gewalt' in Bewegung zu setzen.

Durchgreifende Maßnahmen zur Besserung unserer Ernährungslage können nur zweierlei Natur sein. Entweder wird das bisherige System der Zwangswirtschaft auf dem Ernährungsgebiete — infolge richtiger Fortsetzung der in dieser Richtung begonnenen Politik der Regelung unter Ausschaltung der weniger wichtigen Produkte — beibehalten; dann muß mit rücksichtsloser Energie, wie Sie sie wünschen, dem beginnenden und zum Teil bereits vollendeten Zusammenbruch der Zwangswirtschaft unter Aufbietung auch der letzten Mittel staatlicher Autorität, also militärischen Zwanges, entgegengetreten werden. Diesen Weg weisen u. a. die letzten Ausführungen des Reichsfinanzministers.

Oder man geht den Weg der Verständigung zwischen Stadt und Land, den Herr von Moellendorf befürwortet, den der Reichsausschuß der deutschen Landwirte in seiner bekanntesten Eingabe vorschlägt, und den auch der frühere Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batocki in seinen kürzlich in der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' veröffentlichten Vorschlägen im Auge hat.

Die breite Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Lösung dieses für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes vielleicht entscheidenden Problems zurzeit noch viel zu wenig. Wir verfallen damit in den Fehler des alten Systems, die Verantwortung für lebenswichtige Maßnahmen der Regierung zu überlassen.

Das ist nicht mehr angängig. Mit diesem Problem muß sich die weiteste Öffentlichkeit befassen. Denn wohin führen die beiden allein möglichen Wege der Ernährungswirtschaft?

Die Fortsetzung der Zwangswirtschaft wird uns vielleicht über die nächsten schwierigen Monate hinweghelfen. Ist das das einzige Ziel der Ernährungswirtschaft, so behalte man das jetzige System bei. Aber man sei sich darüber klar, daß das soeben eingeführte Prämienystem — welches notwendigerweise als Folge der bisherigen Beibehaltung des Zwanges kommen mußte — den Tod der Zwangswirtschaft für das nächste Wirtschaftsjahr bedeutet. Das wird kein mit den Verhältnissen Vertrauter bestreiten können. Ich brauche unter Fortlassung aller Einzelheiten nur darauf hinzuweisen, daß die Grundlage des Prämienystems die Einschätzung der Ernte durch die zuständigen Reichsstellen unter Mitwirkung der Schätzungskommissionen ist. Sieht der Landwirt, und vor allem der kleine Besitzer, dem nicht bei Zahlung der Prämien, eine wie verschiedene Preisbildung in dem selben Kreis und Dorf erfolgen wird, so ist keine Schätzung für die Zukunft mehr möglich.

Dies bedeutet — wenn nicht schon für dieses — doch bestimmt für das nächste Wirtschaftsjahr, in dem wir unserem Volke unter allen Umständen die Hauptnahrungsmittel in leblich ausreichender Menge und zu einem erschwinglichen Preise aus dem Inlande zur Verfügung stellen müssen, dauernde Anwendung des stärksten staatlichen Zwanges, und damit Aufruhr und Bürgerkrieg auf dem Lande, schlimmste Verfeindungen zwischen Stadt und Land. Darüber hinaus aber muß man sich klar sein, daß die Nachmittels des Staates nicht mehr ausreichen werden, die notwendige Aufbringung der Produkte zu sichern. Da wir infolge der schlechten Valuta nicht mehr in der Lage sind, ausländische Lebensmittel in erheblicherer Menge zu kaufen, steht uns spätestens im nächsten Wirtschaftsjahr das schrecklichste Los bevor, das einem Volke zuteil werden kann: das völlige Chaos. Kein